

Von: L□□er-Weninger Ingrid
An: 'brigitta.mueller@bmgf.gv.at'
Gesendet am: 24.11.2016 17:26:34
Betreff: WG: Pressemeldungen Enquete Digitale Courage

MAILABO [Einstellungen](#) / [abbestellen](#)

SUCHPROFIL: Profilname

SPÖ / Duzdar / Bundesrat / Enquete / Internet / Hasspostings

16.11.2016, 13:48 | OTS0185 | [SPÖ-Parlamentsklub](#)

Bundesrats-Enquete „#DigitaleCourage“ - Duzdar warnt: Hass im Netz ist eine Gefahr für die Demokratie

**Staatssekretärin Duzdar: Gegen Hass im Netz mit digitaler Zivilcourage
vorgehen – BetreiberInnen sozialer Netzwerke in die Pflicht nehmen –
Lufthoheit über Debatten wieder erlangen**

Wien (OTS/SK) - Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung, Muna Duzdar, hat bei der Enquete des Bundesrats zum Thema „#DigitaleCourage“ am Mittwoch im Parlament über Ursachen von und mögliche Maßnahmen gegen Hass im Netz gesprochen. Wichtig sei, so Duzdar, sowohl gesetzlich als auch gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gegen Hass im Netz vorzugehen. „Wir müssen aktiv daran arbeiten, die digitale Zivilgesellschaft zu stärken und Mittel und Methoden aufzeigen, wie die Debatte gewendet werden kann“, so die Staatssekretärin. Denn der Hass im Netz stelle eine Gefahr für die Demokratie dar. Die Initiative #GegenHassimNetz der Bundesregierung setze hier an. „Wir wollen Gegenrede fördern, Informationen über die gesetzliche Lage verbreiten und auch verschiedene gesellschaftliche Gruppen vernetzen“, so die Staatssekretärin, die Bundesratspräsident Mario Lindner ihren Dank für die Initiierung der Enquete ausspricht. ****

Der Mord an der britischen Abgeordneten und Brexit-Gegnerin Jo Cox sei ein tragisches Beispiel dafür, wie der Hass im Netz angestiegen ist und welche Folgen dieser hat. „Der Hass der Worte führt in letzter Konsequenz auch zum Hass der Taten“, so Duzdar. „Das verabscheuungswürdige Prügelvideo, das in den letzten Tagen auf Social-Media-Kanälen verbreitet wurde, ist ein weiteres Zeichen eines außer Kontrolle geratenen Umgangs.“

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, warum Jugendliche zu solchen Taten fähig sind, diese filmen und online stellen. Die Reaktionen auf das Video sind ebenfalls erschreckend, die einem digitalen Lynch-Mob gleichen. Gewaltaufrufe können niemals die Antwort auf Gewalt sein“, so Duzdar, die feststellt, dass hier auch die Plattformen in der Verantwortung sind. Dass die Löschung des Videos erst auf Druck der Staatsanwaltschaft geschehen ist, sei unverantwortlich. „Ich habe mir dieses Video bewusst nicht angeschaut. In unserer Empörung dürfen wir nicht vergessen, dass das Video durch Teilen und Kommentieren nur noch mehr Reichweite erzielt“, sagte Duzdar und verwies darauf, mit Screenshots zu arbeiten anstatt den Originalinhalt zu verbreiten.

All das zeige, dass es notwendig ist zu handeln. „Die Entwicklungen, die wir jetzt online beobachten, sind nicht losgelöst von generellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu sehen“, betonte die Staatssekretärin. „Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Sexismus, Homo- und Transphobie sind Probleme, denen wir immer und überall entgegentreten müssen, nicht nur online“, sagt Duzdar. Die Entwicklung im Netz zeige zwei Phänomene auf: Die Online-Entfesselung bei Individuen und eine neue Form der Organisation. Mit Fakeprofilen, Computerprogrammen und gesteuerten Falschmeldungen würden Parallelwelten geschaffen. So diene der Hass im Netz einigen „als politisches Mittel, um die eigene Position, egal wie absurd sie ist, durchzusetzen“. Klar sei, so Duzdar, dass Falschinformationen und Hetze keine Meinungen sind, sondern Angst schüren und zu einem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen und Politik führen und die Demokratie an sich untergraben.

„Die Politik hat diese Phänomene zu lange unterschätzt“, so Duzdar, die sich dafür einsetzt, dass alle, die digitale Zivilcourage leisten können und wollen, zusammen arbeiten sollen, um hier Verbesserungen zu erreichen. Diese Vorhaben sollen von politischer Seite initiiert und mitgetragen werden, man müsse aber „gemeinsam an Strategien arbeiten, wie wir NGOs, Vereine und breite Teile der Bevölkerung davon überzeugen können“.

Weitere Informationen zur Enquete und zur Initiative „#DigitaleCourage“ sind auf der Website des Parlaments unter <http://tinyurl.com/hjqk55v> zu finden.
(Schluss) bj/jb

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien

01/53427-275

<http://www.spoe.at/impressum>

ZUM PRESSROOM

(c) Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender. Alle Rechte vorbehalten. Die inhaltliche Verantwortung für Aussendungen, die via APA-OTS verbreitet werden, liegt beim jeweiligen Aussender. Eine redaktionelle Verwertung der Inhalte ist ausdrücklich erwünscht, eine darüber hinausgehende Verwendung jedoch nur für den privaten Gebrauch zulässig. Eine Speicherung in Datenbanken sowie jegliche nicht-redaktionelle Nutzung und damit verbundene Weitergabe an Dritte in welcher Form auch immer sind nur mit schriftlicher Genehmigung durch die APA-OTS Originaltext-Service GmbH gestattet. Für den Fall, dass Sie die Inhalte von APA-OTS weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, informieren Sie sich bitte über unseren Content-Partnerschaftsservice unter <http://service.ots.at> oder rufen Sie Tel. +43/1/360 60-5320. E-Mail: ots@apa.at
Die Einstellungen Ihres APA-OTS Mailabos können Sie unter <http://mailabo.ots.at> ändern.

MAILABO [Einstellungen](#) / [abbestellen](#)

MAILABO [Einstellungen](#) / [abbestellen](#)

SUCHPROFIL: Profilname

Grüne / Parlament / Hasspostings / Homosexualität / Medien

16.11.2016, 12:30 | OTS0151 | [Grüner Klub im Parlament](#)

Dziedzic fordert Ausweitung der bestehenden Meldestellen für Hasspostings

Grüne: Bundesrats-Enquete #DigitaleCourage im Parlament zeigt Problembewusstsein

Wien (OTS) - "Hassreden in Sozialen Medien mit Gewaltaufrufen und Androhungen von sexuellem Missbrauch haben stark zugenommen und betreffen überproportional Frauen und in großem Ausmaß auch LGBTI-Personen", sagt Ewa Dziedzic, Bundesrätin der Grünen.

Die Hemmschwelle ist enorm gesunken und viele Personen posten in ihrem Klarnamen. Zumeist bestehen auch keine persönlichen Verbindungen zwischen den betroffenen Personen. Auslöser der Debatte zu Hassreden waren Journalistinnen, die kontrovers diskutierte Themen in den österreichischen Printmedien und im Fernsehen ansprachen und daraufhin regelrecht zur Zielscheibe von Hassposter_innen wurden und übelsten Beschimpfungen ausgesetzt waren.

"Das ist eine enorme psychische Belastung und kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem. Gewaltauswüchse, in all ihren Formen, gegen Frauen und Minderheiten dürfen nicht verharmlost und ins Lächerliche gezogen werden. Es braucht konkrete, rechtliche Handhabe und einen Tatbestand, damit gegen Hasspostings vorgegangen werden kann", sagt Dziedzic und weiter: "Die heute, Mittwoch, von 10:00-15:00 Uhr im Parlament stattfindende Bundesrats-Enquete #DigitaleCourage zeigt, dass die Politik sich des Problems bewusst ist und dieses Thema

ernst nimmt. Notwendige nächste Schritte sind eine parteiübergreifende Einigung, um strafrechtlich gegen Hassposter_innen vorgehen zu können, eine Ausweitung der bestehenden Meldestellen für Hasspostings und Beratungseinrichtungen für Betroffene. Dazu brauchen wir die aktive Unterstützung der Zivilbevölkerung". Eine Live Übertragung auf ORF 3 läuft bis 15 Uhr.

Rückfragehinweis:

Grüner Klub im Parlament

+43-1 40110-6697

presse@gruene.at

ZUM PRESSROOM

(c) Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender. Alle Rechte vorbehalten. Die inhaltliche Verantwortung für Aussendungen, die via APA-OTS verbreitet werden, liegt beim jeweiligen Aussender. Eine redaktionelle Verwertung der Inhalte ist ausdrücklich erwünscht, eine darüber hinausgehende Verwendung jedoch nur für den privaten Gebrauch zulässig. Eine Speicherung in Datenbanken sowie jegliche nicht-redaktionelle Nutzung und damit verbundene Weitergabe an Dritte in welcher Form auch immer sind nur mit schriftlicher Genehmigung durch die APA-OTS Originaltext-Service GmbH gestattet. Für den Fall, dass Sie die Inhalte von APA-OTS weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, informieren Sie sich bitte über unseren Content-Partnerschaftsservice unter <http://service.ots.at> oder rufen Sie Tel. +43/1/360 60-5320. E-Mail: ots@apa.at

Die Einstellungen Ihres APA-OTS Mailabos können Sie unter <http://mailabo.ots.at> ändern.

MAILABO [Einstellungen](#) / [abbestellen](#)



DOTS











